

In der Grauzone

Obwohl auch Menschen ohne Papiere ein Recht auf medizinische Versorgung haben, können sie diese oft nicht in Anspruch nehmen. Schuld ist ein Gesetz. Das Medinetz Leipzig hilft

Im Erdgeschoss der Kurt-Eisner-Straße 40 haben Christof und Marie gerade die wöchentliche Sprechstunde vom Medinetz hinter sich gebracht. »Heute war's ruhig, es war nur einer da«, sagt Marie, die wie ihr Medinetzkollege

könnten zum Sozialamt gehen und sich einen Krankenschein holen. Doch in der Praxis verhindert das der Paragraph 87 des Aufenthaltsgesetzes. Er besagt, dass eine Behörde, die Kenntnis vom illegalen Aufenthaltsstatus

Da ist dann eine Brustentzündung schon weit fortgeschritten oder die Patientin ist ganz ausgemergelt, weil sie aufgrund einer gynäkologischen Erkrankung seit Wochen stark blutet.«



Es besteht die Gefahr nach einem Krankenhausbesuch abgeschoben zu werden: Anonymität ist essenziell, wenn sich Papierlose ärztlich behandeln lassen

Medizin studiert. Beide wollen ihre Nachnamen nicht nennen. Das Medinetz Leipzig kümmert sich um die medizinische Betreuung von Menschen, die mitten unter uns und doch am Rande der Gesellschaft leben: den »Papierlosen«, Migranten mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus und ohne Krankenversicherung. Im Schnitt ein bis zwei Patienten betreut der Verein pro Woche, anonym und gratis. Sie kommen in die Sprechstunde, schildern ihre Beschwerden und werden von den ehrenamtlichen Betreuern – Medizinstudenten und Ärzte – an einen Arzt aus dem Netzwerk weitervermittelt. Eine Untersuchung oder gar Behandlung vor Ort findet nicht statt. Die Ehrenamtlichen rufen dann gemeinsam mit dem Patienten in der Praxis an, machen einen Termin aus und organisieren bei Bedarf einen Dolmetscher.

In schweren Fällen werden die Patienten dann vom behandelnden Arzt an das Medinetz »zurücküberwiesen« und die Aktivisten kümmern sich um eine Krankenhausbehandlung. Sie kündigen den Patienten an, verhandeln einen vergünstigten Preis und finanzieren diesen gegebenenfalls aus Spenden. Manche der Betroffenen finanzieren ihre Behandlung selbst, die Communities sind gut organisiert: »Man sollte nicht unterschätzen, was es für Kompetenzen erfordert, illegal in Deutschland zu leben«, sagt Benjamin Wachtler, ebenfalls Mitglied bei Medinetz. Doch eines ist für die Patienten essenziell: Anonymität. Denn für diese Menschen birgt ein Arzt- oder Krankenhausbesuch oft die Gefahr, abgeschoben zu werden. Zwar haben Menschen ohne Papiere in diesem Land laut dem Asylbewerberleistungsgesetz ein Recht auf medizinische Betreuung. Das heißt, sie

eines Menschen erlangt, dies an die Ausländerbehörde melden muss, die dann die Abschiebung einleitet. Deshalb gehen viele der Betroffenen erst dann zum Arzt, wenn es sich überhaupt nicht mehr vermeiden lässt.

Die Ärzte, die mit Medinetz kooperieren, sind auf 38 Karteikarten verzeichnet, auch eine Hebamme ist darunter. »Als wir angefangen haben«, erzählt Benjamin Wachtler, einer der fertigen Ärzte der Gruppe, »haben wir alle niedergelassenen Ärzte in Leipzig – weit über tausend – angeschrieben, ob sie uns unterstützen wollen. Die allerwenigsten haben geantwortet.« Auch heute bemüht sich der Verein, das Netzwerk an Ärzten weiter auszubauen. Doch das ist nicht einfach. Viele haben keine Kapazitäten, kostenlos oder gegen einen kleinen Obolus Patienten zu betreuen, oder sie fürchten – zu Unrecht –, sich strafbar zu machen. »Manchmal bekommen wir aber auch die Antwort: Ausländer wollen wir hier nicht«, erzählt Marie.

»Sie kommen, wenn es ihnen gar nicht mehr gut geht«

Eine der Ärztinnen in der Kartei ist Eva Klatte. Etwa 15 bis 20 Patientinnen betreut sie pro Jahr und sie ist froh, dass es diese Anlaufstelle für Papierlose gibt: »Ohne Versicherung, ohne legalen Aufenthaltsstatus und vielleicht sogar von der Abschiebung bedroht geht niemand in eine Praxis und sagt: Hallo, hier bin ich, ich kann zwar nichts bezahlen, möchte aber behandelt werden«, sagt die Frauenärztin. »Die kommen, wenn es ihnen wirklich gar nicht mehr gut geht.

Für Eva Klatte ist das Helfen selbstverständlich. Sie hat auch eigene Kontakte genutzt, um Behandlungen sicherzustellen, etwa ein Labor dazu bewogen, die Untersuchungen für Patientinnen kostenlos auszuwerten. Wenn man den Kollegen die Situation genau erkläre, würden die mitmachen, sagt sie. Auch mit Krankenhäusern hat sie schon verhandelt, um ihren Frauen eine sichere Niederkunft zu ermöglichen. Sie wünscht sich, dass dieses Netzwerk aus Praxen, Laboren und Krankenhäusern, die diskret und aus Überzeugung helfen, noch größer wird, denn sie hat schon viel erlebt: Für eine schwer traumatisierte und mehrfach vergewaltigte Frau aus Tschetschenien habe sie Spenden für deren Spirale gesammelt, erzählt Klatte. »Eine sehr junge vietnamesische Patientin hatte sehr große Angst, entdeckt zu werden. Sie hat mir dann nach der Geburt als Dankeschön einen riesigen Kunstblumenstrauß und asiatischen Tee gebracht«, sagt die Medizinerin.

So schwierig die rechtliche Situation der Patientinnen ist, so eindeutig ist sie für die Ärzte: »Ärztinnen und Ärzte haben die Pflicht, medizinische Hilfe zu leisten. Sie machen sich bei der Behandlung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nicht strafbar, wenn sie ihre Handlungen objektiv auf die Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten beschränken«, schreibt die Bundesärztekammer. Zudem ist ein Fall, in dem ein Arzt wegen der Behandlung eines Papierlosen strafrechtlich verfolgt wurde, nicht bekannt. Ärzte und Sprechstundenhilfen als »berufsmäßig tätige Gehilfen« dürfen übrigens dank der ärztlichen Schweigepflicht keine Informationen über ihre »papierlosen« Patienten an Polizei und Ausländerbehörde weitergeben.

Doch wer bezahlt die teuren Behandlungen, wenn es die Betroffenen nicht können? Bei einer Notfallbehandlung werden die Patienten direkt bei einem Arzt oder in einem Krankenhaus vorstellig und müssen auch behandelt werden. Das Krankenhaus seinerseits beantragt dann die Erstattung der Kosten beim zuständigen Sozialamt. Hier gilt dank einer Verwaltungsvorschrift der sogenannte »verlängerte Geheimnisschutz«: Die ärztliche Schweigepflicht erstreckt sich quasi bis in das Sozialamt hinein, das den Patienten in diesem Aus-

was innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich ist, um die medizinische Versorgung von Flüchtlingen ohne Aufenthaltsstatus zu gewährleisten«, sagt Fabian und betont: »Das Sozialamt lehnt keine Anträge ab, für die keine Kostenträger ermittelt werden konnten.« 2011 war das 13 Mal der Fall.

Doch Ärzte und Krankenhäuser müssen nur bei Notfällen helfen. Sonst können sie einen Patienten, der für seine Behandlung nicht zahlen kann, abweisen. Damit das Sozialamt die Kosten übernimmt, müssen die Betroffenen

grauen Zone des deutschen Rechts: Eine Idee ist, dass in der örtlichen Verwaltung, etwa im Gesundheitsamt, eine Anlaufstelle – eine sogenannte Clearingstelle – unter ärztlicher Leitung eingerichtet wird. Dorthin könnten sich die Papierlosen wenden und bei Bedarf einen Krankenschein beantragen. Aufgrund der ärztlichen Leitung, gilt für sie der verlängerte Geheimnisschutz, sie müsste den Papierlosen nicht bei der Ausländerbehörde melden. »Das ist ein erwägenswerter Vorschlag«, sagt der Sozialbürgermeister, »dazu gab es bereits erste interne Bera-

tungen«, fügt er hinzu und verspricht zu prüfen, was umgesetzt werden könne. Die juristisch sauberste Lösung wäre allerdings die Abschaffung des Paragraphen 87 des Aufenthaltsgesetzes. Doch der Gesetzgeber sieht hier offenbar keinen Handlungsbedarf. Derweil müssen sich die Kommunen den Realitäten stellen.

Letztlich hängt das Menschenrecht auf Gesundheit am Engagement und Wohlwollen von Einzelpersonen, seien es Ärzte, Spendenwillige oder Aktivisten. Das ärgert auch die Medinetz-Mitglie-

der. Deswegen weigern sie sich, staatliche Fördermittel anzunehmen, und legen großen Wert auf ihre politische Arbeit: »Das Ziel von Medinetz ist es, sich selbst überflüssig zu machen – und nicht, dem Staat eine Aufgabe abzunehmen«, sagt Christof. Derzeit planen sie eine Benefiz-Cocktailbar im Leipziger Süden, die vielleicht 800 Euro einspielt. Damit könnten sie zwei Geburten bezahlen, wenn alles glatt geht. THYRA VEYDER-MALBERG



Helfen ist selbstverständlich: Eva Klatte in ihrer Praxis



»Wir wollen uns überflüssig machen«: Benjamin (l.), Marie (r.) und Christof (r.) im Medinetz-Plenum

nahmefall nicht der Ausländerbehörde meldet. Doch auch dabei ergibt sich ein Problem. »Ein Sozialleistungsträger verwaltet ja auch Steuer-gelder«, erklärt Sozialbürgermeister Thomas Fabian. Deshalb müssen die Sozialämter feststellen, ob sie für die Behandlungskosten eines Patienten überhaupt zuständig sind. Dafür muss das Sozialamt aber bei der Ausländerbehörde anfragen – allerdings wird hierbei nur der Name abgefragt. »Wir tun als Stadt das,

dort selbst einen Krankenschein beantragen. In so einem Fall würde aber die Ausländerbehörde informiert, denn der »verlängerte Geheimnisschutz« gilt nur für Ärzte und ihr Personal: »Falls ein Arzt mitteilt, dass die behandelte Person illegalen Aufenthaltsstatus hat, übernimmt das Sozialamt die Kosten ohne Rückfrage bei der Ausländerbehörde«, sagt Fabian.

Die Medinetze und andere Institutionen suchen derzeit nach Lösungen in dieser

Komm auf die Bahn!

Was liebst du an Leipzig?
Teilnehmen und mit etwas Glück fahren dein Bild
und deine Botschaft im Sommer auf einer Bahn quer
durch Leipzig. Mitmachen lohnt sich!

1 Gefällt mir **klicken ...**

2 ... Bild laden ...

3 ... Botschaft für Leipzig posten ...

www.facebook.com/LVBdirekt